

Letzte Aktualisierung: 2. Mai 2024

INTERVIEW | Nachhaltige Wirtschaft

Transformation: Für die Entkopplung von Wachstum und Ressourcen braucht es mehr



Professor Ulrich Brand lehrt Internationale Beziehungen an der Universität Wien. (IMAGO / Nik Erik Neubauer)

In „Kapitalismus am Limit“ analysiert der Politikwissenschaftler Ulrich Brand mit seinem Ko-Autor Markus Wissen die sich zuspitzenden Konflikte um die sozial-ökologische Transformation auf der globalen Ebene.



**Alex
Veit**



Sehr geehrter Herr Brand, in Ihrem neuen Buch nutzen Sie die Metapher der Grenzen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems. Welche Grenzen sind damit gemeint?

Ulrich Brand: Das Grundargument von „Kapitalismus am Limit“ ist nicht, dass der Kapitalismus irgendwann den großen Shutdown erlebt. Sondern dass der Kapitalismus durch Wachstum und Rohstoffverbrauch funktioniert, aber diese Potenziale nun weniger ausschöpfbar sind. Der nördliche Wohlstandsimperalismus, durch den bisher auf billige Arbeitskraft und Rohstoffe vor allem im Süden zurückgegriffen wurde, gerät an eine Grenze. Wir nennen dies öko-imperiale Spannungen. Andere Südländer, vor allem China, aber auch Indien, wollen selbst an diese Rohstoffe.

In der Klimafrage gibt es Grenzen der bisherigen Externalisierung in die Zukunft. Der Klimawandel fand bislang im globalen Süden statt. Aber nun zeigen Überschwemmungen und Trockenheit auch in Mitteleuropa, dass der bislang bestehende Kapitalismus auch diesbezüglich an ein Limit kommt.

In dem Buch befassen Sie sich auch mit dem European Green Deal, der bis zur Mitte des Jahrhunderts die Dekarbonisierung erreichen soll. Ein epochales gesellschaftliches Projekt. Sie sagen aber: Das reicht nicht aus.

Erst mal möchte ich betonen: Das ist ein wichtiges, dynamisches Projekt. Wir müssen dekarbonisieren, was ein starker politischer Konsens ist. Damit das erfolgreich sein kann, müssten jedoch auch die Kräfteverhältnisse und die gesellschaftlichen Bedingungen verändert werden. Denn drei strukturelle Mechanismen werden nicht in Frage gestellt. Der erste Mechanismus ist Wachstum: Es soll grün werden. Aber Wachstum korreliert mit mehr Emissionen und Rohstoffverbrauch. Der zweite Mechanismus ist die Wettbewerbsfähigkeit, die zu öko-imperialen Spannungen führt. Die Art und Weise der Dekarbonisierung im globalen Norden und in China betrifft andere Regionen negativ. Und der dritte Mechanismus, eng damit verbunden, ist die Externalisierung. Unsere Produktions- und Lebensweise basiert auf billiger Arbeitskraft und billigen Rohstoffen von anderen Orten. Die Möglichkeiten zur Externalisierung nehmen zwar ab, doch sie werden notfalls mit Gewalt aufrechterhalten. Internationale Kooperation zur gemeinsamen Bearbeitung der Klimakrise hat es da schwer.

Sie nennen Rohstoffproblematiken und Arbeitsrechte. Europäische Regulierungen setzen aber bereits daran an, etwa durch die Entwicklung der Kreislaufwirtschaft oder mittels Lieferkettengesetzen.

Wir sagen nicht, dass wir da Neuland betreten. Aber etwa das Lieferketten-Gesetz ist ausgehöhlt worden. Weil es Kräfte gibt, die Druck machen. Wenn es um sozialen und ökologischen Umbau geht, muss Politik sich mit mächtigen Interessen anlegen und Kräfteverhältnisse ändern. Mit dem historischen New Deal der 1930er Jahre hat der damalige US-Präsident Franklin Roosevelt die Frage der Besteuerung von Vermögen gestellt. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es eine enorme Vermögens- und Gewinnsteuer in den USA. Da traut sich die heutige Politik aber nicht heran.

Sie kritisieren am European Green Deal auch, dass er grünes Wachstum in Aussicht stellt, durch eine Entkopplung von Wertschöpfung einerseits und Emissionsausstoß und Rohstoffverbrauch andererseits. Was ist daran falsch?

Eine Metastudie aus Wien hat mehr als 800 Publikationen auf diese Entkopplungsfrage hin untersucht und zeigt, dass die relative Entkopplung durchaus funktioniert. Aber nicht die absolute Entkopplung. Entkopplung gelingt in Einzelsektoren, aber nicht mit der notwendigen Tiefe und Geschwindigkeit. Hinzu kommt, dass die Industrieländer ihren Materialverbrauch und Emissionen viel stärker senken müssten, damit es woanders noch Entwicklungsspielraum gibt.

Wir sind nicht per se gegen Wachstum. Wir müssen jedoch qualitativ schauen: aus welchen Branchen müssen wir raus, wo muss reduziert und umgebaut werden, und wo muss aufgebaut werden? Wir brauchen Wachstum an erneuerbaren Energien, ökologischer Landwirtschaft, bestimmten Verkehrsinfrastrukturen, in der Bildung und Gesundheit. Das Argument ist: Es muss zugleich Ziele eines materiellen Rückbaus geben. Und das muss politisch durchgekämpft werden.

Viele Unternehmen versuchen, innerhalb der gegebenen Strukturen nachhaltig und zukunftsfähig zu produzieren, und dabei Gewinne zu erzielen. Ist ein ethisches Wirtschaften aus Ihrer Sicht überhaupt möglich?

Absolut. Ich bin ja selbst gelernter Betriebswirt. Wir brauchen unbedingt private Unternehmen, die nicht dem harten Shareholder-Value genügen müssen, sondern mit sozial-ökologisch sinnvoller Produktion und Produkten vorangehen können. Auf einer kleinen und mittleren Ebene. Und wenn es geht, auch auf einer großen Ebene. Die große Ebene ist aber sehr vermachtet, die fossilen Interessen sind stark und gut organisiert. Gerade für diese Unternehmen ist es aber wichtig, dass sozial-ökologische Ansätze keinen Konkurrenznachteil darstellen. Hier ist die Politik gefragt, Regeln für alle zu schaffen.

Wer sind denn die Akteure, welche diese Machtkonstellationen aufbrechen können? Gehören Unternehmen dazu?

Wenn progressive, sozialökologische Unternehmen und ihre Verbände sagen: Wir wollen das anders. Wir werden konfliktiv, denn bestimmte Interessen müssen zurückgestellt, bestimmte Subventionen müssen zurückgefahren werden, dann sind sie hoch relevant. Weiterhin wichtig sind immer soziale Bewegungen, die Themen politisieren. Und auch die Politik selbst. Es gibt innerhalb der Parteien Kämpfe, zum Beispiel hier in Österreich. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs wird gerade neu aufgestellt. Mit dem Vorsitzenden Andreas Babler gibt es jemanden, der kapiert hat, dass zukunftsfähige Politik Macht- und Verteilungsfragen stellen muss, den sozialen und ökologischen Umbau zusammen angehen möchte, und die anti-ökologischen autoritären Kräfte scharf kritisiert. In Deutschland sehe ich in der Spitzenpolitik zurzeit keine Person, welche die Weitsicht von Andreas Babler hätte.



Mehr zum Thema

NEWS | Transformation

Cleantech-Innovation: Welche Rolle Deutschland und Europa spielen

Eine Studie zeigt: In Sachen sauberer und grüner Technik ist Europa ein globaler Vorreiter. Unter den 20 weltweit innovativsten Konzernen befinden sich auch vier Unternehmen mit Sitz in Deutschland, getragen wird der Sektor aber eher von KMU.

Von Carsten Hübner



NEWS | Transformation

Bertelsmann-Studie: Große Spannbreite bei Unternehmen hinsichtlich Transformation

Die Umstellung der Wirtschaft auf eine nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaftsweise kommt schleppend voran, so eine Studie der Bertelsmann-Stiftung. Besonders schlecht schneidet der Finanzsektor ab.

Von Caspar Dohmen



ANALYSE | Industrieemissionen

Maschinenbau: Wie die GEA Group ihre Dekarbonisierung voranbringen will

Der deutsche Maschinenbau muss sich transformieren, doch der Druck ist noch längst nicht überall angekommen. Aktionäre der GEA Group stimmten nun für einen Klimaplan.

Von Redaktion

